

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

**Bezugs-Bedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich 8116

## Nach der Parlamentstagung.

Wenn es nur auf die Zahl der abgehaltenen Sitzungen und der gehaltenen Reden ankäme, dann wäre der Schluß gestattet, es wäre mit Beginn der Weihnachtsferien eine ungemein fruchtbare Parlamentsession zu Ende gegangen. Die beiden Kammern hielten 59 Plenarsitzungen, 217 Ausschusssitzungen, zwölf Subkomiteesitzungen, zwölf Sitzungen der Parlamentarierpräsidenten und eine Anzahl von Obmännertreffen ab. Keine geringe Zahl — aber das Ergebnis? Gewiß, die Hauptaufgabe des abgelaufenen Teiles der Session bestand nur in der Verhandlung des Staatsvoranschlags, daneben in der Erneuerung einiger terminierter Gesetze, aber schon die Art, wie diese letzteren im Senat in einer Sitzung nach Mitternacht durchgesetzt wurden, erbrachte den Beweis, welchen geringen Respekt das heutige Regime der Funktion des Parlaments entgegenbringt. Und erst der Voranschlag! Der Regierungseintritt der deutschen „Aktivisten“ hat nicht im geringsten die Lausache zu ändern vermocht, daß das Haus der Volksvertretung auf die Gestaltung des von den Beamten der Ministerien zusammengestellten Staatsvoranschlags keinerlei Einfluß besitzt. Das gilt nicht nur von den Parteien der Opposition, sondern auch von den meisten Parteien der Regierungsmehrheit. Mit Ausnahme der Partei des Ministerpräsidenten, der liebe Niemand sind trotz ihrer „Teilnahme an der Macht“ die Regierungsdeutschen, die bei der Zusammenstellung des Voranschlags ebenfalls die Rolle des fünften Rades am Wagen spielen, wie bei allen anderen Vorlagen, wobei sie — allerdings gegen etliche Trinkgelder — noch die Aufgabe erfüllen müssen, durch fortgesetztes Lob den Kredit des herrschenden tschechoslowakischen Regimes in der deutschbürgerlichen Öffentlichkeit zu erhöhen. Dafür rekonstruieren sich hinwiederum die tschechischen Machthaber und sprechen ihren deutschen Koalitionsgenossen Dank und Anerkennung aus. Sogar die „Morodni Listy“ des Herrn Dr. Kramar, die früher nicht bloß einmal mit Lob und Tadel drohten, wenn Deutsche in die Regierung eintreten sollten, drücken ihre allerhöchste Zufriedenheit mit dem Wohlverhalten der deutschen Regierungsteilnehmer aus, behaupten, daß jetzt erst recht für das tschechische Volk das Zeitalter der Glückseligkeit gekommen sei, wünschen, daß die jetzige Koalition noch recht lange am Leben bleiben möge, wobei sie aber nicht verzeihen, den Regierungsdeutschen zu drohen, ja nicht den Versuch zu wagen, an den tschechoslowakischen Charakter des Staates zu rühren — das heißt: für ihre Dienstfertigkeit eine Gegenleistung für das deutsche Volk zu verlangen — da ihnen sonst der Stuhl vor die Türe gesetzt werden müßte. Was aber alles einen der tschechoslowakischen Geschäftsherrn nicht abhält, auch jetzt noch immer zu erzählen, das Regierungsprogramm bleibe: „Harmonische Zusammenarbeit ohne Unterschied der Nationalität, der Konfession oder der sozialen Schichtung, als Gleiche mit Gleichen!“ Die Regierungsparteien sind zufrieden und sie behaupten sich daselbe auch beim Volk. Wie das stimmt, haben die Gemeinbewähler bewiesen und nächste Wahlen werden das noch handgreiflicher zum Ausdruck bringen.

Sie stellen auf den Tisch die düsternen Reden und reden wieder von der Liebe. Klammlich von der Liebe zueinander, die trotz Schwelgerei, negativistischer Ohrfeigen niemals erlöschen ist. Auch des Windirichs Verhöhnungsrede auf die tschechoslowakische Landesregierung hat der nimmer aufgehenden Liebe der beiden deutschbürgerlichen Lager nicht geschadet. Sollte das ein deutscher Sozialdemokrat getan, es wäre natürlich unverzeihlich gewesen, aber für einander haben die edlen Brüder stets Verständnis und Verzeihen gehabt. Daß Windirich unmittelbar im Anschluß an seine Rede die Behauptung erhalten hat, indem er zum Vizepräsidenten des Landesulturrates für Böhmen ernannt wurde, wird die im Zuge befindliche Veröhnungsaktion der

Deutschbürgerlichen eher fördern, als hindern, denn dieser dem Windirich gereichte fette Brocken beweist, wie es sich lohnt, dem eigenen Volke in den Rücken zu fallen und seine Vergangenheit zu beklagen. Für Änderungsgründe haben unsere bürgerlichen Parteien noch immer volles Verständnis gehabt. Einigung der bürgerlichen Reichen und „Volksgemeinschaft“ sind wieder aktuell geworden, der — man verzeihe das harte Wort — Sturm der deutschbürgerlichen Oppositionsparteien gegen die Spinalleute hat sich zum milden Säuseln gewandelt. Jetzt wollen sie auch nicht mehr „Negativisten“ heißen und finden — welcher Meinung auch wir sind — die Begriffe „Aktivisten“ und „Negativisten“ überflüssig. Wartet nur, bald ruhet auch ihr an Swehla Wien! Schon erläßt irgendein politisches Komitee mit dem alten Herrenhäusler Hermann Pražak aus Hohenstadt; an der Spitze, einen gefühlvollen Aufruf zur Einigung. Der Aufruf sagt zwar, auf welchem Programm sich die abgetauten „Negativisten“ mit den „Aktivisten“ einigen sollen, aber über Programme sind unsere bürgerlichen Parteien noch nie gestolpert, wie sie auch ihr Reklamieren als einen Mangel empfunden haben. Da die deutschen Nationalsozialisten als erste zu versichern sich beeilen, sie seien für die Veröhnung, ob nun außerhalb oder innerhalb der Regierung sei ganz gleich, so werden sie und auch die Deutschnationalen, die ja schamlos darauf warten, anstatt noch weitere Ohrfeigen auszuweichen, dem theoretischen Veröhnungsbescheid bald die praktische Tat folgen lassen. Auch die Regierungsdeutschen werden nicht spröde sein. Sie suchen nur die große Schwere der deutschbürgerlichen Opposition ein wenig parteipolitisch auszuwahren. Das Wort „Aktivismus“ müßte, so triumphieren sie, in der Bevölkerung doch einen guten Klang haben, da sich nun auch die Deutschnationalen und Nationalsozialisten zu ihm bekennen und ihre frühere radikale Terminologie abzuwerfen bereit sind. Verloßt euch nur auf den „guten Klang“, den das Wort „Aktivismus“ im Volke hat! Das Volk wird euch schon selbst zu gelegener Zeit zeigen, wie es über diesen von euch verfallenen Begriff und über euch selbst denkt! Was die Deutschnationalen und Nationalsozialisten den deutschen Regierungsparteien nahegebracht hat, das ist nicht, daß sie einsehen, deren Weg führe zur nationalen Gerechtigkeit, sondern weil sie an den materiellen Erfolgsteil haben wollen, die den treuen Vassallen der tschechischen Machthaber winken, und weil auch sie den Schwanz der nationalen Einheitsfront gegen die Sozialdemokraten dringend benötigen.

Der Aktivismus gewinnt täglich an Boden. Früher heftig angefeindet, beginnen nun alle seine früheren Widerjäger einzusehen, daß er allein in der Art, wie ihm die Spina, Windirich und Mann-Harting anwenden, das deutsche Volk retten kann. So und ähnlich kann man es täglich sehen. Wie kommt es dann, daß von allen Rednern, welche die Deutschbürgerlichen in die Bundarbeitsparteien schickten, die meisten oppositionelle Reden hielten? Es war so, wie in den Tagen, da die Deutschbürgerlichen noch nicht die Klammer der Swehla, Kramar und Sramel geworden waren. Sie witterten darauf los, als läge ihnen nichts fern, wie die Absicht, am Schlusse der Debatte brod und sojotam alles zu bewilligen, was die hohe tschechische Bürokratie ausgearbeitet und ihnen als Staatsvoranschlag vorgelegt hatte. Rechts und links war verkauft, der wald-eckste Bogode war von den Rednern der Oppositionsparteien nicht zu unterscheiden. Man kann die aktivistische Frage umdrehen: Wenn der Aktivismus draußen einen so „guten Klang“ hat, warum verbergen die „Aktivisten“ ihr wahres Gesicht und drapieren sich oppositionell? Im übrigen sagt eine Klammich über die Bundarbeitsrede der deutschbürgerlichen Redner darüber hinweg. Die wahre Stimmung der deutschen Regierungsteilnehmer brod gelegentlich durch. Sie ist schon mehr als elegisch zu nennen. Der Senator Dr. Ledebur-Wicheln erklärte

den Zustand, in dem sich die deutschen Regierungsparteien befinden, als ein „unhaltbares Mittelstück“: „Das Anbot offenen Entgegenkommens auf der einen, und hinter der Maske offizieller Gleichberechtigung heimliche Schädigung auf der anderen Seite.“ Senator Dr. Medinger bezeichnete die Zurückziehung der Deutschen zur Mitregierung und Berücksichtigung dessen, was sie bis jetzt erreicht haben, als „eine leere Form“: „Wir trieben Aktivismus, aber die Gegenleistung blieb aus!“ Behnützig mußte schließlich auch der christlichsoziale Senator

Scholz gestehen, daß sich von dem Worte „Gleiche unter Gleichen“ noch nichts bewahrheitet hat. Das klingt nicht nach Hurra-Stimmung, in der sich die deutschen Regierungsteilnehmer befinden, eher schon nach einem graulichen Staunen ja meinet. Man kann sich als Gegner der deutschbürgerlichen Schwendelpolitik daher aufrichtig darüber freuen, daß Deutschnationalen und Nationalsozialisten gerade jetzt das dringende Bedürfnis fühlen, sich an den Lumpeluden und in allen Fugen tragenden Wagen der deutschen Regierungsparteien zu hängen.

## Der Schiedsspruch verbindlich.

Berlin, 20. Dezember. Im Reichsarbeitsministerium fanden heute im Lohn- und Tarifstreik der Groß Eisenindustrie Rheinland-Westfalen erneut Verhandlungen statt. Eine Annäherung

zwischen den Parteien konnte nicht erzielt werden. Der Reichsarbeitsminister hat darauf die beiden Schiedssprüche vom 15. Dezember 1927 von amtswegen für verbindlich erklärt.

## Der Prinzenbesuch auf der „Berlin“.

Der Kommandant entschuldigt. — Sein Vorgesetzter Dr. Sündendorf.

Berlin, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Der Kommandant des Kreuzers „Berlin“, der vor der Ausreise des Kriegsschiffes zu einer größeren Auslandsfahrt in Cadix für den Bruder des Kaisers Großadmiral Prinz Heinrich auf das Schiff geladen hatte, wo dieser an die angestretene Mannschafft eine Ansprache hielt, war aus einem spanischen Hafen zur Berichterstattung nach Berlin befohlen worden. Amfisch wird nun mitgeteilt, daß der Kommandant vorher bei der vorgelegten Dienststelle angefragt habe, ob gegen den Besuch des Prinzen Bedenken beständen; von dort seien aber Bedenken nicht erhoben worden. Das Verhalten des Kommandanten sei also nicht zu beanstanden, dagegen sei gegen den für die politische Zweckmäßigkeit des Besuchs verantwortlichen Inspektor des Bildungswesens das Erforderliche veranlaßt worden.

Teilszahlungen durchzuführen. Es scheint, daß die offiziellen Kreise des Schatzamtes nicht den von gewissen europäischen Kreisen zum Ausdruck gebrachten Standpunkt teilen, welche die endgültige Festsetzung der Reparationssumme mit einer allgemeinen Wiederaufstellung der Schuldenfrage verbinden wollen.

## Die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums.

Die Vorlage im amerikanischen Senat.

Washington, 20. Dezember. Gestern wurde im Repräsentantenhaus die Freigabevorlage in erster Lesung behandelt. Es entspann sich eine längere Aussprache über die Frage der Zurückhaltung von 20 Prozent des deutschen Eigentums, was von einigen Demokraten als fast gleichbedeutend mit der Beschlagnahme bekämpft wurde, während der Vorsitzende des Budgetausausschusses Green und andere Republikaner erneut dringend betonten, daß sowohl deutsche als amerikanische Anspruchsberechtigte der Vorlage zustimmen hätten und daß die vorgeschlagene Lösung die einzige wäre, die Aussicht auf Annahme biete.

## Die polnisch-litauischen Verhandlungen in Rom?

Warschau, 20. Dezember. Wie die „Epoca“ von maßgebender Seite erfährt, werden die vom Botschafter empfahlene polnisch-litauischen Verhandlungen zwischen dem 10. und 15. November 1928 beginnen. Ueber den Verhandlungsort ist noch keine Verständigung erzielt worden. Genannt werden Länaburg, Riga und Reval, es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Unterhandlungen in Rom stattfinden werden.

## Verloren!

Das Marineamt gibt die Hoffnung auf Rettung auf.

New York, 20. Dezember. Das Drama der jetzt in Dunkelheit und Eisesselte auf dem Meeresgrund eingeschlossenen Menschen nähert sich seinem Ende. Dienstag früh um 6 Uhr 20. 62 Stunden nach dem Untergang, nahmen Ozeilatoren deutlich die Klopffzeichen der Todgeweihten auf, die sich etwas später noch einmal wiederholten. Die Klopffsignale waren aber so schwach hörbar, daß man daraus schließen muß, daß die eingeschlossenen schon zurichtbar entlastet sind. Wenn Schiffe und vierzig Taucher sind an der Unglücksstelle. Die Rettungsflotte wartete, während todschwere Stunden verstrichen. Verzweifelt darauf, daß der ordentliche Sturm sich senke. Die Wetterverhältnisse machten es jedoch unmöglich, daß Taucher auf den Meeresgrund ginzan und durch die Torpedoröhren Sauerstoff einführen konnten. Das Marineamt gibt bekannt, daß jegliche Hoffnung, den Opfern Rettung zu bringen, aufgegeben worden ist.

## Explosion auf einem Flugzeugmutter Schiff.

San Diego (Kalifornien), 20. Dezember. Auf dem in der Bucht von San Diego vor Anker liegenden amerikanischen Flugzeugmutter Schiff „Langley“ ereignete sich heute vormittags eine folgenschwere Explosion durch die den ersten Bericht zufolge zwei Mann der Besatzung getötet und fünf verletzt wurden.

## Festsetzung der deutschen Reparations-schuld?

Keine allgemeine Aufrollung der Schuldenfrage.

Paris, 20. Dezember. Die Agence Havas meldet aus Washington, daß eine hochstehende offizielle Persönlichkeit des Schatzamtes zu dem Bericht des Reparationsagenten Parter Gilbert erklärt habe, daß es von Wichtigkeit sei, den Gesamtbeitrag der deutschen Schuld gegenüber den Alliierten festzusetzen, und daß es wünschenswert sei, eine derartige Operation vor Ablauf des ersten Jahres der nach dem Dawesplan vorgesehenen









